

Beschluss

aus der Sitzung des Beirates bei der Unteren Naturschutzbehörde vom Donnerstag, den 25.05.2023, Kreishaus, Sitzungsraum 1317, in Siegen, Koblenzer Straße 73

I. Öffentliche Sitzung

3. Informationen

3.6 Verordnung zum Schutz von Naturdenkmälern und geschützten Landschaftsbestandteilen (im Innenbereich)

hier:

Ergebnisse/Votum der Arbeitsgruppe des Beirates (Anlage 1)

Synopse der eingegangenen Anregungen und Bedenken zur öffentlichen Auslegung vom 06.12.2021 – 31.04.2022 (Anlage 2 – Bedenken und Anregungen)

Verordnungsentwurf zur erneuten öffentlichen Auslegung (Anlage 3)

Beteiligung des Naturschutzbeirates nach § 70 Abs. 2 LNatSchG

Drucksache NB-8-2023

Abstimmungsergebnis:

Beratungsverlauf:

Herr Wied erläutert, dass das Verfahren zur Neuaufstellung der Verordnung eine wesentlich längere Zeit in Anspruch genommen habe als geplant gewesen sei. Er räumt ein, dass der Beirat dem Votum der Arbeitsgruppe folgen könne. Insgesamt sei aber auch zu berücksichtigen, dass es sich um Eingriffe in Eigentum handle. **Herr Gertz** ergänzt, dass in anderen Kreisen, zum Beispiel im Hochsauerlandkreis die Anzahl der unter Schutz gestellten Naturdenkmale unter 100 liege und in den Kreise Olpe und Soest rund 20 – 40 Naturdenkmale im Innenbereich ausgewiesen seien. **Herr Wied** betont, dass man sich nicht willkürlich über die Vorschläge der Arbeitsgruppe hinweggesetzt habe. **Frau Prof. Dr. Witte** zeigt sich enttäuscht, dass die Untere Naturschutzbehörde in weniger als 8 Fällen den Vorschlägen der Arbeitsgruppe gefolgt sei und in 78 Fällen nicht gefolgt sei. Sie äußert ihr Unverständnis darüber, dass Naturdenkmale aus dem Schutz entlassen werden sollten, wenn sie seit 20 Jahren als solche ausgewiesen seien. **Herr Gertz** führt aus, dass in den vergangenen Sitzungen deutlich gemacht worden sei, dass zur Ausweisung ein besonderer Schutzstatus maßgebend sei, auch um eine Abgrenzung zu einer Baumschutzsatzung herzustellen. Warum vor 20 Jahren Naturdenkmale unter Schutz gestellt worden seien, könne nach so langer Zeit nicht mehr nachvollzogen werden. Maßgeblich seien die gesetzlichen Regelungen sowie die Prüfkriterien.

Sehr ausführlich thematisieren **Herr Fuhrmann**, **Frau Flender-Dietewich**, **Herr Büdenbender** und **Herr Koch**, dass nicht relevant sei, was in anderen Kreisen sei und warum man jetzt die Unterschutzstellung von vor 20 Jahren anzweifle. Man habe in der Arbeitsgruppe kontrovers diskutiert und lege dem Beirat nahe, den Vorschlägen der Kommission zu folgen. Der Verdacht von Willkür wird geäußert. Es wird noch einmal auf die Ausführungen des § 28 Bundesnaturschutzgesetz verwiesen, wonach Naturdenkmäler rechtsverbindlich festgesetzte Einzelschöpfungen der Natur oder entsprechende Flächen bis zu fünf Hektar seien, deren besonderer Schutz erforderlich sei, aus

wissenschaftlichen, naturgeschichtlichen oder landeskundlichen Gründen oder wegen ihrer Seltenheit, Eigenart oder Schönheit. Man ist sich einig, dass wenn die Unterschutzstellung aufgehoben werde, dass dann schnell die Säge zum Einsatz komme. Es wird die Frage aufgeworfen, ob für die Entscheidungen finanzielle Gründe maßgeblich seien und ob für nicht auch Ersatzgelder für die Pflege verwendet werden könnten.

Herr Wied, Herr Gertz und Herr Nöll führen aus, dass der Aspekt des Klimawandels und die Bedeutung von Stadtgrün den Vorschlägen der aus dem Schutz zu nehmenden Naturdenkmalen nicht entgegenstehe. Gleichwohl müsse die Definition des Bundesnaturschutzgesetzes diesbezüglich Beachtung finden. Der Unterstellung von Willkür werde entschieden widersprochen, man habe die Entscheidungen sehr geradlinig getroffen. Eine Diskussion über Gelder sei in den politischen Gremien nie Gegenstand der Beratungen gewesen, Ersatzgelder könnten jedoch für die Verkehrssicherung nicht verwendet werden. Bereits im Jahr 2000 habe eine umfangreiche Diskussion stattgefunden. Damals sei für die sogenannten B-Bäume aufgenommen worden, dass die Verkehrssicherung für die Objektkategorie dem Eigentümer obliege, was jedoch praktisch aus finanziellen Gründen und wegen mangelndem Sachverstand nicht funktioniere. Das Stadtgrün könne durch eine Baumschutzsatzung geschützt werden, dies sei aber nicht Ziel einer Naturdenkmalverordnung.

Im Ergebnis sprechen sich die Beiratsmitglieder mehrheitlich dafür aus, den von der Arbeitsgruppe erarbeiteten Vorschlägen zu folgen und die Naturdenkmale und geschützten Landschaftsbestandteile weiterhin unter Schutz zu stellen.